



# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## KPÖ fordert Soforthilfepaket für Familien!

**LABg. Klimt-Weithaler: „Unter Voves und Schrittwieser steigt Kinderarmut erschreckend an“**

Die Volkshilfe stellte eine wichtige Kampagne vor, die den Titel „Kinderarmut ist kein Märchen“ trägt. 41.000 Kinder in der Steiermark leben in Armut, werden oft ausgegrenzt und haben schlechte Zukunftschancen.

Anstatt diese Kinder mit Förderprogrammen aus der Armut zu holen spart die Landespolitik auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen. Darauf wies KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hin.

Die KPÖ-Abgeordnete erinnert an eine Reihe von Maßnahmen, die unter sozialdemokratischer Führung zu einer Verschlechterung der Situation steirischer Kinder und zu einer erschreckenden Zunahme der Kinderarmut geführt haben:

- Die Kürzungen der Wohnbeihilfe und der Mindestsicherung treffen Kinder besonders stark.
- Der Kinderzuschuss für Familien mit kleinem Einkommen wurde vor zwei Jahren gestrichen.
- 2013 wurde auch der Rechtsanspruch auf eine Beihilfe zu Kindererhaltungsaktionen abgeschafft.

- Die Sozial- und Lernbetreuung für 1500 steirische Kinder wurde ersatzlos gestrichen.
- Die 2011 eingeführten Kindergartengebühren führen dazu, dass viele Kinder den Kindergarten kürzer besuchen, obwohl sie davon profitieren würden.
- Und Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wurde die erfolgreiche Entwicklungsförderung ersatzlos gestrichen. Ganz zu schweigen von der ständigen Erhöhung der Musikschulbeiträge.

„Voves und Schützenhöfer bilden keine ‚Reformpartnerschaft‘, sondern eine Koalition gegen Kinder“, so Klimt-Weithaler. Die KPÖ fordert ein Soforthilfepaket für steirische Familien als Maßnahme gegen die steigende Kinderarmut – das wäre wichtiger als das neue milliardenschwere Bankenrettungspaket, auf das sich SPÖ und ÖVP bereits geeinigt haben.

### Die Forderungen der KPÖ an die Landesregierung:

- Abschaffung des Regresses bei Pflege und Mindestsicherung und eine Valorisierung

der Wohnbeihilfe und Erhöhung des Anteils für Betriebskosten

- Schaffung von erschwinglichem Wohnraum
- Keine Gebührenerhöhungen beim öffentlichen Verkehr und anderen öffentlichen Leistungen
- Sofortige Streichung von Rezeptgebühren und Selbsthalten für Kinder und Jugendliche
- Abschaffung der Kindergartengebühren
- Erhöhung der Familienbeihilfe



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler setzt sich für Familien-Soforthilfepaket ein.



Die KPÖ im steirischen Landtag wünscht Ihnen besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr

LABg. Claudia Klimt-Weithaler, LABg. Werner Murgg



## „Reformpartner“ zementieren Parteienförderung mit Dringlichkeitserklärung ein

Zu einem ungewöhnlichen Trick griffen SPÖ und ÖVP in der Landtagsitzung am 10. November um die neuerliche Erhöhung der Parteienförderung in der Steiermark durchzupeitschen und zu zementieren: Mit einer äußerst seltenen „Dringlichkeitserklärung“, die vom Landtag nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann, wollen die „Reformpartner“ verhindern, dass darüber eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann. Darauf wies KPÖ-LAbg. Werner Murgg hin.

Hintergrund dieses Schrittes ist die Panikstimmung, von welcher SPÖ und ÖVP angesichts ihres sinkenden Rückhalts auch bei der eigenen Parteibasis erfasst wurden. Das Steiermärkische Volksrechtsgesetz sieht nämlich eine Volksabstimmung über ein Gesetz vor, wenn 80 Gemeinden eine solche beantragen.

Werner Murgg: „Die von der KPÖ abgelehnte Parteienförderung, die von den Gemeinden abgeführt werden muss, ist den selbst ernannten Reformpartnern offenbar besonders wichtig. Spitäler, Schulen, Pflege, Wohnen – bei diesen und vielen anderen Themen ist keine Rede von einer Dringlichkeit. Die Parteienförderung wird aber mit diesem unge-

wöhnlichen Mittel einzementiert, weil man offenbar Angst hat, dass sich die Gemeinden gegen diese Maßnahme wehren.“

Der Hintergrund: SPÖ und ÖVP wollen mit einer Neuregelung der steirischen Parteienförderung u.a. eine automatische jährliche Wertanpassung (Indexierung) einführen und die Gemeinden zwingen, den Landesparteien Geld zufließen zu lassen. Diese Förderung beträgt 5,00 Euro pro wahlberechtigter Person. Die KPÖ fordert in einem Abänderungsantrag, dass es weiterhin im Ermessen der Gemeinden liegen muss, weniger oder gar keine Parteienförderung zu beschließen und lehnt die automatische Indexanpassung ab. Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.



**Die überparteiliche „Steirische Gemeindeinitiative“** wehrt sich gegen Drückerverfahren und Zwangsfusionen bei den steirischen Gemeinden, aber auch gegen die Parteienförderung, die die Gemeinden abliefern müssen.  
[www.gemeindeinitiative.at/](http://www.gemeindeinitiative.at/)



## „Reformpartner sind nicht die Lösung, sie sind das Problem“

**LAbg. Klimt-Weithaler kritisiert TV-Auftritt von Voves und Schützenhöfer**

Unter Führung von SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves findet der größte soziale Kahlschlag statt, den es in der Zweiten Republik je gegeben hat. Arbeitslosigkeit und Kinderarmut erreichen traurige Rekordwerte, Lebensstandard und Kaufkraft sind spürbar gesunken.

Statt dagegen aktiv zu werden, feiern sich Voves und Schützenhöfer im Fernsehen selbst. Dafür wurde am 12. November eine eigens zu diesem Zweck inszenierte „Sondersendung“ ins Hauptabendprogramm genommen. Während außerhalb der Steiermark die Sendung „Report“ gezeigt wurde gönnten sich Voves und Schützenhöfer eine Stunde Selbstbeweihräucherung.

„Die Politik der selbst ernannten ‚Reformpartner‘ ist nicht die Lösung, sie ist Teil des Problems“, kommentierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler den Auftritt der Regierungsspitze im Hauptabendprogramm des ORF.

Nulllohnstunden, Schul- und Krankenhausschließungen, 25%-Budgetkürzungen im Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitsbereich, Kahlschlag bei Schulen und Musikschulen, drastische Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen, Verschlechterungen bei der

Mindestsicherung, Kürzung der Wohnbeihilfe, die Einführung von Kindergartengebühren, Zwangsfusionen von hunderten Gemeinden gegen den Willen der Bevölkerung und vor allem die Wiedereinführung des Pflegegeldes haben zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet und die finanzielle Situation der arbeitenden Menschen, Arbeitslosen und Pensionisten verschlechtert. All das richtet großen Schaden an, hat allerdings wenig zur Konsolidierung des von den ‚Reformpartner‘ selbst verschuldeten Schuldenberges beigetragen, wie Landeshauptmann Voves im Juli zugeben musste.

Klimt-Weithaler: „Überbezahlte Politfunktionäre, die über 15.000 Euro im Monat verdienen und sich keine Sorgen um ihre Pension machen müssen, kündigen neue Sparpakete an und fordern ein höheres Pensionsantrittsalter in einem Bundesland, das die höchste Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten erlebt. Angesichts der sozialen Lage vieler steirischer Familien sind solche Werbeveranstaltungen, in denen der fünfte Aufguss der üblichen einstudierten Sprüche zu hören ist, verzichtbar. Die Steiermark würde jetzt eine Landesregierung brauchen, die sich der Probleme im Land annimmt.“

*Die ORF-Sendung „Report“ hatte mehrmals kritisch über den „Steirer-Regress“ berichtet. Daher wurde am 11. November steiermarkweit Regierungspropaganda statt des ORF-Report ausgestrahlt.*



## Neues Behindertengesetz bringt Verschlechterungen

Nach einer beispiellosen Kürzungswelle auf Kosten von Menschen mit Behinderung seit dem Jahr 2011 lässt

der steirische Soziallandesrat Schrittwieser (SPÖ) 2014 vom Landtag mit dem neuen Behindertengesetz ein weiteres Kürzungspaket beschließen, das die Qualität der Betreuung deutlich senken wird. Davor warnte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Das Ziel, Menschen mit Behinderung besser im Arbeitsmarkt zu integrieren, kann durch die Streichung von 8 Mio. Euro aus den bisher für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mitteln kaum erreicht werden. LH-Stv. Schrittwiesers Hoffnung, dass der Bund diesen Betrag übernehmen werde, ist angesichts des

bekannt gewordenen Milliardenlochs im Bundeshaushalt mehr als unwahrscheinlich. Darüber hinaus, so Klimt-Weithaler, sind auf Gesetzes- und Bundeskompetenzen klar getrennt.

Klimt-Weithaler: „Das Land streicht Mittel, der Bund wird sich für unzuständig erklären und am ‚Ersten Arbeitsmarkt‘ gibt es die benötigten Arbeitsplätze nicht. Die betroffenen Menschen bleiben auf der Strecke. Schrittwiesers Plan ist ein Wunschzettel ans Christkind: Der Bund muss mehr Geld ausgeben, Gemeinden und Betriebe müssen mehr Menschen mit Behinderungen

aufnehmen. Nur er selber will nichts tun. Letztendlich werden viele Betroffene in der Mindestsicherung landen.“

Zwar sei die stärkere Integration von Menschen mit Behinderung am Ersten Arbeitsmarkt ein begrüßenswerter Vorsatz, doch lasse sich damit kurzfristig kaum Geld sparen. Die Betroffenen müssen darauf vorbereitet werden und es müssen ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Beides ist aber nicht der Fall. Das neue Behindertengesetz, so LAbg. Klimt-Weithaler, werde somit den Kahlschlag auf Kosten von Menschen mit Behinderung fortsetzen und verstärken.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsart: Graz, Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: [ltk@stmk.gv.at](mailto:ltk@stmk.gv.at) // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfes der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.





# Spitalsnotstand in der Steiermark: KPÖ-Dringliche an LR Edlinger-Ploder

*LABg. Murgg wollte Aufklärung über Missstände im Gesundheitsressort*

Seit Jahren ist bekannt, dass der Mangel an Spitalsbetten in der Steiermark immer wieder zu gefährlichen Engpässen – und wiederholt auch zu Todesfällen – führt. Trotz des herrschenden Notstandes hält die Spitalslandesrätin an ihrem Plan fest, alleine in Graz weitere 450 Spitalsbetten zu beseitigen. Die KPÖ richtete deshalb in der Landtags-sitzung am 12. November eine Dringliche Anfrage Landesrätin Edlinger-Ploder.

KPÖ-LABg. Murgg ging in seiner Rede auf Behauptungen ein, die von den selbst ernannten Reformpartnern und ihren hochbezahlten Beratern immer wieder als Rechtfertigungen für Kürzungen dienen. So sind die Kosten im Gesundheitswesen keineswegs explodiert, sondern zwischen 1990 und 2011 um lediglich 1,9 % des BIP angestiegen. „Hätten wir in Österreich nicht so niedrige Löhne, wären auch die Versicherungsleistungen höher und die Finanzierung kein Problem. Es muss Schluss sein mit dieser schleichenden Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems. Bereits jetzt zahlen die Österreicherinnen und Österreicher 33 Prozent aller medizinischen Leistungen, Selbstbehalte einge-

geschlossen, aus eigener Tasche“, betont Murgg.

Edlinger-Ploder sah sich erneut außerstande, die an sie gerichteten Fragen in sachlicher Weise zu beantworten, ohne dem Fragesteller zuvor „Verunsicherung“ vorzuwerfen und sogar dessen Recht in Frage zu stellen, das Chaos in der steirischen Gesundheitspolitik im Landtag zu thematisieren. Dabei beurteilte eine große steirische Tageszeitung noch am Tag der Landtagssitzung die Politik Edlinger-Ploders als „gescheitert“. In den Augen Edlinger-Ploders existieren die meisten Probleme gar nicht, sie seien nur auf eine falsche Darstellung in den Medien zurückzuführen.

KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Landesrätin Edlinger-Ploder hat heute ganz deutlich unter Beweis gestellt, dass sie nicht in der Lage ist, ihr Ressort im Interesse der steirischen Bevölkerung zu führen. Probleme in ihrer eigenen Verantwortung tut sie als Konstrukte der Medien ab, ihre Verantwortung wischt sie einfach beiseite, und Kritik an ihrer Amtsführung begreift sie als Kritik am KAGes-Personal.“

Einen Antrag auf qualitative Verbesserungen im steirischen

Gesundheitssystem lehnten SPÖ und ÖVP erwartungsgemäß ab.

„Landesrätin Edlinger-Ploder macht sich zur Komplizin der schleichenden Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitssystems. Nicht die Opposition trägt zur Verunsicherung

bei, die Fakten sprechen für sich selber. Es ist höchste Zeit, dass Edlinger-Ploder Verantwortung für ihr Ressort übernimmt, anstatt sich auf die Opposition, die Medien oder irgendwelche Konzepte der Landesregierung hinauszureden“, so Murgg.

## Rettung in Gefahr

Wie bereits im Juni dieses Jahres riskiert das Land Steiermark erneut, dass Krankentransporte von den Patienten selbst bezahlt werden müssen. Auf Kosten von Kranken und der im Rettungsdienst Beschäftigten soll durch die Streichung von 100.000 Fahrten eine deutliche Verschlechterung der Versorgung erzwungen werden. Gleichzeitig meldet die Gebietskrankenkasse jährliche Überschüsse in Millionenhöhe.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wirft LH Voves und seinem Stellvertreter vor, ein böses Spiel mit der steirischen Bevölkerung zu treiben: „Zuerst werden überall Krankenhausbetten und ganze Abteilungen ge-

strichen, dann sollen auch noch die Transporte reduziert werden. Dabei sind mehr Krankentransporte und längere Wege eine unvermeidliche Folge der bisher gesetzten Schritte. Voves und Schützenhöfer wissen nicht, was sie tun.“ Hohe Selbstbehalte, die gescheiterte Privatisierung des LKH West, die Schließungen von Spitälern und Abteilungen, der Pflegeregress und das Theater um die Krankentransporte beweisen, dass das Gesundheitsressort derzeit in schlechten Händen ist.

In der Landtagssitzung am 10. Dezember forderte die KPÖ die Abhaltung eines „Transportgipfels“, dies wurde jedoch mit SPÖ- und ÖVP-Mehrheit abgelehnt.

## Regress: Steiermark in der Sackgasse

*Klimt-Weithaler: „Wie lange wollen sich Voves und Schützenhöfer noch taub stellen?“*

Wie am 26. November bekannt wurde, überlegen SPÖ und ÖVP auf Bundesebene nun, den Pflegeregress abzuschaffen. Der Regress wird in der Steiermark nicht von pflegebedürftigen Personen, sondern

auch von ihren Angehörigen eingehoben – eine österreichweit einzigartige Belastung.

Die KPÖ, die 18.000 Unterschriften für die Abschaffung des Regresses bei Pflege und Mindestsicherung gesammelt hat, sieht sich durch die jüngsten Aussagen bestätigt und sieht die „Reformpartner“ in einer Sackgasse. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Bevölkerung hat dem Regress eine mehr als deutliche Absage erteilt. Nun werden auch auf Bundesebene die Stimmen immer lauter, die einen Kurswechsel verlangen. Wie lange werden sich Voves und Schützenhöfer noch taub stellen?“

Ärger löste LH Voves aus, als er in Zusammenhang mit dem Pflegeregress Menschen mit einem Nettoeinkommen von 1286 Euro als „höher verdienende Personen“ bezeichnete – Voves selbst verdient netto an die 9.000

Euro. VP-Klubobmann Drexler betonte, er sei „stolz darauf“, dass in der Steiermark Regress kassiert wird. Angesichts solcher Abgehobenheit von der Lebensrealität der Steirer hofft Klimt-Weithaler darauf, dass nun auf höherer Ebene die Notbremse gezogen werden soll. „Die KPÖ wird sich so lange für eine Abschaffung dieser ungerechten Angehörigensteuer einsetzen, bis sie abgeschafft ist“, betont die KPÖ-Abgeordnete.

### Nächste Chance vertan

Im Rahmen der von der FPÖ eingebrachten Dringlichen Anfrage in der Landtagssitzung am 12. November stellte die KPÖ zum wiederholten Male den Antrag, den Regress abzuschaffen. Wie bereits in der Vergangenheit stimmten SPÖ und ÖVP für die Beibehaltung dieser steirischen Sondersteuer auf pflegebedürftige Angehörige.

Klimt-Weithaler, die der für den Pflegebereich zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder im September 18.000 Unterschriften für die Abschaffung dieser nur in der Steiermark existierenden Steuer auf pflegebedürftige Angehörige überreicht hat: „Mit der Ablehnung des Antrags hat die selbst ernannte Reformpartnerschaft die nächste Chance vertan, die Diskriminierung der Steirerinnen und Steirer zu beenden. Der Regress ist eine schwere finanzielle Belastung für viele ohnehin nicht wohlhabende steirische Familien. Er muss endlich abgeschafft werden.“

In ihrer Rede kritisierte Klimt-Weithaler das demonstrative Desinteresse von Landeshauptmann Voves, der den Großteil der an ihn gerichteten Fragen unbeantwortet ließ und seine Antwort auf wenige Sätze beschränkte.

Ungleichheit in Österreich: Steirer zahlen, alle anderen nicht

**Weg mit dem REGRESS!**

Der Kampf geht weiter!  
18.000 Unterschriften – aber Voves und Schützenhöfer mauern sich ein

ONLINE Petition!

**KPÖ**

www.kpoe-steiermark.at

# EU arbeitet an Ausschaltung von Demokratie und Sozialstaat

## KPÖ warnt vor EU-„Wettbewerbspakt“ und Transatlantischem Freihandelsabkommen (TAFTA)

Mit dem EU-Wettbewerbspakt und dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TAFTA) sollen zwei radikale Eingriffe in den EU-Mitgliedsstaaten erfolgen. Einerseits sollen große Konzerne rechtlich den Nationalstaaten gleichgestellt werden, andererseits werden wesentliche Arbeiterrechte endgültig entsorgt.

Die EU setzt in ihrer bisher schwersten Krise auf eine extremistische Form des Neoliberalismus, betont KPÖ-LAbg. Werner Murrig. Was in Griechenland getestet wurde, soll mit dem Wettbewerbspakt zur europäischen Normalität werden: radikaler Abbau sozialer Rechte, verbunden mit der weitgehenden Ausschaltung demokratischer Strukturen auf nationaler und übernationaler Ebene.

Der Wettbewerbspakt ist eine Ergänzung des Fiskalpakts und beinhaltet:

• Abbau der Rechte der arbeitenden Menschen durch „Strukturreformen“

• Massenarbeitslosigkeit und Ausbebelung von Kollektivverträgen

• Erhöhung des Pensionsalters, steigende Jugendarbeitslosigkeit

• Abbau der Sicherungssysteme

• Privatisierungen im Gesundheitsbereich und Verkauf öffentlichen Eigentums

- Abschaffung nationaler Umweltstandards
- Entmachtung der nationalen Parlamente durch übergeordnete „Fiskalregeln“

„Die Forderungen der europäischen Industriellenlobby sind ungeheuerlich. Auf nationalstaatlicher Ebene wären diese radikalen Gegenreformen nicht durchsetzbar. Deshalb findet dieser Generalangriff auf EU-Ebene statt,

**Murrig (KPÖ): „EU arbeitet an Ausschaltung von Demokratie und Sozialstaat“**

wo weitreichende Beschlüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgepeitscht werden können“, so Murrig.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen beinhaltet folgende Zielsetzungen:

- Ausschaltung des Einflusses demokratisch gewählter Parlamente auf Gesundheitswesen, Arzneimittelpreise, Grenzwerte toxischer Belastung, Datenschutz, Energieversorgung und kulturelle Dienstleistungen, Patente und Urheberrechte, die Nutzung

von Land und Rohstoffen.

- An die Stelle nationaler Regierungen tritt bei wirtschaftspolitischen Fragen ein „Schiedsgericht“. Vor diesem Schiedsgericht haben Investoren und Konzerne die gleichen Rechte wie die Mitgliedsstaaten.
- Da TAFTA- und NATO-Staaten mit wenigen Ausnahmen identisch sind, würde das Abkommen zu einer noch engeren Verbindung zwischen Rüstungsindustrie und Politik führen.

Werner Murrig (KPÖ): „Bei all diesen Vorhaben geht es um mehr als um Fragen des internationalen Handels. Es geht in Wirklichkeit um die Ausschaltung des Nationalstaates und der Demokratie durch einen entfesselten Kapitalismus. Sozialdumping und Verelendung sind die unvermeidlichen Folgen, sollte sich die Exportlobby mit ihren Anliegen durchsetzen. Dass diese Inhalte auf EU-Ebene überhaupt diskutiert werden, sollte auch dem letzten Zweifler klar machen, dass die Europäische Union nicht zum Positiven veränderbar ist. Wenn diese Abkommen auch nur ansatzweise umgesetzt werden, wäre alles außer einem Austritt ein Verbrechen an Österreich.“

## Krampusstag: Ruten für die Regierung

Regress – das war ihr letztes Wort, dann holte sie der Krampus fort



Pflegeregress, Kürzung der Wohnbeihilfe, Spitalsnotstand, Zwangsfusionen von Gemeinden, Kinderarmut, Erhöhung der Parteienförderung... Es gibt viele Gründe, warum sich der Krampus für LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer interessiert.

Die steirische KPÖ protestierte am Krampusstag in vielen steirischen Städten mit Ruten und Krampuskarten. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Viele Steirer spüren die Belastungen der Landesregierung täglich im Geldbörsel. Für die eigene Parteikasse spielen Voves und Schützenhöfer den Nikolaus, der schon wieder neue Geschenke bringt. Deshalb zeigen wir ihnen am Krampusstag die Rute.“

Arbeiterkammerwahl 2014



STEIERMARK 27.3. BIS 9.4.

Die Arbeiterkammer hat auf die Gesetzesgestaltung großen Einfluss. Die AK braucht den GLB-KPÖ damit die Klein- und Normalverdiener in der Arbeiterkammer eine stärkere Stimme haben.

**Meine besonderen Anliegen:**

- Kollektivvertragliche Rechte müssen eingehalten werden.
- Wohnen muss auch ohne Förderung leistbar sein.
- Leiharbeiter müssen wie Menschen und nicht wie Sachgüter behandelt werden!

Mit Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger für die Liste GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock)-KPÖ

